

# **Wählen mit 16 und die Konsequenzen**

**Silvia Fuhrmann**

---

## **Die Jugend ist aufgeschlossen**

Sind wir Jungen „politikverdrossen“? Oder ist das nur eine gute Ausrede für „alte“ Politik? Als jüngste Abgeordnete im Nationalrat vertrete ich ständig Jugendinteressen und habe hier die Erfahrung gemacht: Die Jugend ist nicht verdrossen, sondern im Gegenteil – aufgeschlossen! Präsenz- & Zivildienst, Lehrstellen, Schulen, Unis, ... da haben wir Jungen schon viel bewegt. Jetzt geht es darum die Wahlaltersenkung in die Tat umzusetzen. Damit gelingt es, Jugendlichen mehr Mitsprache zu geben und sie in der Demokratie zu beteiligen.

Gerade in der ÖVP war das Vorhaben der Wahlaltersenkung nicht immer unumstritten. Als Junge ÖVP haben wir uns für eine schrittweise Herabsetzung- von der Gemeinde- bis zur Europaebene- eingesetzt. Die Mitbestimmung junger Menschen muss zuerst im eigenen Lebensumfeld verstärkt werden. Partizipation muss von der kleinsten Ebene der Betroffenheit beginnen, nur so gelingt es junge Menschen abzuholen und zu begeistern. Gerade junge Menschen sind sehr kritisch, hinterfragen viel und wollen auch gut informiert werden.

Einige Länder haben bereits auf Gemeinde- und Landesebene (Burgenland, Steiermark, Wien) eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre durchgeführt. Die Erfahrungen der Kommunal- und Landtagswahlen haben gezeigt, dass die Wahlbeteiligung der 16-18jährigen sehr hoch war und auch die Bereitschaft selbst zu kandidieren gestiegen ist. Das funktioniert aber nur, wenn man auf junge Menschen zugeht, sie informiert und einbindet. Auch auf Bundesebene ist es an der Zeit, das Spektrum der Jungwähler auszudehnen. Nicht nur aus demographischer Sicht sondern auch deshalb, weil Meinungsforscher und Psychologen sagen, dass 16jährige heute viel reifer sind als früher.

## **Internationaler Vergleich**

Mit der Wahlaltersenkung auf 16 sind wir in Europa ein Vorreiter: Denn der Urnengang wird derzeit in allen europäischen Staaten erst mit 18 gewährt. International gesehen gibt es einige Ausnahmen: In Nordkorea und den Seychellen darf man bereits ab 17 an die Wahlzellen, in Indonesien darf man mit jedem Alter wählen - vorausgesetzt man ist verheiratet. Auch sonst gibt es nur wenige Länder, die vom Mindestalter 18 abweichen: Erst zu Jahresbeginn 2007 hat das iranische Parlament das Wahlalter von 15 auf 18 Jahre hinaufgesetzt. Mit 21 Jahren relativ spät wählen darf man etwa in Gabun, Kamerun, Malaysia, dem Libanon, Lesotho, Nigeria, den Salomonen, Tokelau, Tonga und der Zentralafrikanischen Republik. Ein Wahlalter von 20 haben Japan, Marokko, Nauru, Singapur, Taiwan und Tunesien.

Wenn wir den Blick nach Deutschland richten, sehen wir allerdings, dass auf Landesebene bereits auch dort 16-Jährige wählen dürfen: in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern.

### **Konsequenzen für die Politik**

Sollte die nächste Nationalratswahl planmäßig 2010 durchgeführt werden, dürfen etwa 180.000 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren erstmals zur Wahl gehen. Für diese „neue“ Zielgruppe brauchen wir spezifische Antworten auf aktuelle politische Fragen. Ebenso wichtig ist es aber, dass Jugendliche in Bereichen der Demokratie aktiv eingebunden werden. Für mich ergeben sich daraus weitere Anliegen und Konsequenzen für die Politik:

- Um bei der Wahl - sowohl den kommunalen als auch den Landtagswahlen - kandidieren zu können, muss man im Burgenland, in Kärnten, in Oberösterreich, in der Steiermark und in Wien derzeit mindestens 18 Jahre alt sein, in den vier anderen Bundesländern 19. Bei der Nationalratswahl 19 Jahre, bei der Wahl zum Bundespräsidenten muss man mindestens 35 Jahre alt sein. Eine einheitliche Regelung, die sich an der Volljährigkeit orientieren soll, wäre sinnvoll.
- In fast allen Ländern ist der Stichtag für Landtags- und Gemeinderatswahlen, an dem das Wahlalter erreicht sein muss, der Wahltag. Zwei Abweichungen gibt es: In Oberösterreich ist es der Tag vor dem Wahltag - und in Kärnten bei

Gemeinderatswahlen der 31. Dezember des Jahres vor der Wahl. Dahingehend soll eine einheitliche Regelung für ganz Österreich und bei allen Wahlen gelten: Wahltag gleich Stichtag!

- Nahezu alle Gesetzgebungsorgane wie Landtage und der Nationalrat ebenso wie das Europäische Parlament wirken eher wie ein Greisenrat als wie ein dynamisches Beschlussorgan. Die Junge ÖVP fordert hier eine deutliche Verjüngung der Abgeordneten (Durchschnittsalter im Nationalrat derzeit bei 49 Jahren) zumindest auf das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung von 40 Jahren. Die ÖVP ist Vorreiter und derzeit mit 4 Abgeordneten unter 35 im Nationalrat vertreten. Weiters gibt es zwei Vertreter im Bundesrat und in den Landtagen in Vorarlberg, Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Burgenland.
- Um das politische Engagement von Jugendlichen zu fördern und sie verstärkt an der politischen Entscheidungsfindung teilhaben zu lassen, sollten künftig bereits 16jährige parlamentarische Bürgerinitiativen sowie Volksbefragungen unterzeichnen können! Dies wäre ein wesentlicher Ansatz zur Teilnahme junger Menschen an politischen Prozessen und ein logischer Schritt im Zuge der vereinbarten Wahlaltersenkung. Anmerkung: Derzeit ist es erst ab vollendetem 19. Lebensjahr möglich, Bürgerinitiativen zu unterschreiben und Volksbefragungen ab 18 Jahre (Stichtag).
- Begleitend zur Wahlaltersenkung ist es wichtig, politische Bildung an den Schulen zu verstärken, um die Jugendlichen zeitgerecht vorzubereiten. Die Lehrerausbildung soll analog angepasst werden. Weiteres soll die Ausbildung einen verstärkten Praxisbezug haben, z.B. Besuch des Parlaments.
- Gleichberechtigt mitreden, sozialpartnerschaftlich mitbestimmen! Genauso wie die Wirtschafts- nicht ohne die Arbeiterkammer Sozialpartner sein könnte, muss man auch bei den Generationen beide Enden der Skala einbeziehen. Noch dazu, da alle sozialpartnerschaftlichen Entscheidungen vor allem die junge Generation betreffen.
- Keine Generation ist mit dem Internet so vertraut wie die Jugendlichen. Von den Bankgeschäften über den Weihnachtseinkauf bis zum Buchen der Urlaubsreise

wird fast alles „online“ erledigt. Warum also nicht auch E-Voting? Weltweit gab es schon mehrere rechtsverbindliche Testwahlen per Internet: Länder wie Lettland, England, die Niederlande, Spanien, Japan und die Schweiz haben bei verschiedenen Wahlen schon Erfahrungen mit der elektronischen Stimmabgabe gesammelt. Erst vor wenigen Wochen konnte die Bevölkerung in Estland ihre Stimme für das Parlament auch per Internet abgeben. Die Bestrebungen für Internet-Voting sollten unterstützt werden, wenngleich dies ebenfalls nur als Option zur herkömmlichen Stimmabgabe gesehen werden kann. Neben der technischen Sicherheit von E-Voting muss die behutsame Einführung eines optionalen Systems mit einer breiten Informationskampagne unterstützt werden. Begrüßenswert wäre die schrittweise Einführung dieser Wahlmöglichkeit für bestimmte Wahlgänge zu Körperschaften (z.B. ÖH- Wahl). Ausgehend von den dort gemachten Erfahrungen sollte eine weitere Einführung überlegt werden.

## **Bestimme den Weg**

Kritiker der Wahlaltersenkung argumentieren oft mit der Politikverdrossenheit junger Menschen. Was ist eigentlich mit der Begeisterung der älteren Menschen? Dazu fällt eine Studie der Universität Bielefeld auf, die besagt, dass Politikverdrossenheit eher ein Phänomen älterer Menschen sei. Während mehr als die Hälfte von ihnen es als sinnlos erachten, sich politisch zu engagieren, sind es bei den unter 26jährigen weniger als ein Drittel.

Die Jugend - das zeigen auch aktuelle Studien - ist viel politischer als noch vor zehn Jahren. Allerdings genießt die Politik generell kein hohes Ansehen und auch die Mitgliederzahlen diverser Organisationen und Vereine gehen zurück. Ich glaube daher, dass wir neue Formen der Partizipation entwickeln müssen. Jugendliche wollen sich nicht langfristig an Organisationen binden, sondern sich projekt- und vor allem ergebnisbezogen engagieren. Auch das ist eine Herausforderung des Demokratie-Demografie-Dilemmas: Wir brauchen endlich eine jugendfreundliche Partizipationsinfrastruktur aller gesellschaftlicher Institutionen. Sie müssen sich für Engagement auf Zeit und in Projekten öffnen, und nicht nur davon reden.